

Anstieg der Wohnkosten für alle

Hauseigentümerverband Aargau sagt Nein zum CO2-Gesetz

Der Hauseigentümerverband Aargau befürwortet Massnahmen zum Schutz der Umwelt und der Verminderung von Treibhausgasemissionen. Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer handeln diesbezüglich seit Jahrzehnten eigenverantwortlich. Dies zeigt sich in den jährlichen Investitionen in ihre Liegenschaften in Höhe von rund 20 Mio. Fr., die zu einem wesentlichen Teil in mehr Energieeffizienz und geringere Emissionen gesteckt werden. Der CO₂-Absenkungspfad im Gebäudebereich ist signifikant. Obwohl die Bevölkerung seit 1990 um 27 Prozent und die Energiebezugsfläche gar um 46 Prozent zugenommen haben, sank der Treibhausgasausstoss in der Schweiz bezogen auf die Energiebezugsfläche um mehr als 45 Prozent.

Weitergehende Massnahmen zur Minderung der CO₂-Emissionen sollen wirksam, sozial verträglich und verhältnismässig sein. Das vorliegende CO₂-Gesetz erfüllt keine dieser Forderungen. Anstatt dass die CO₂-Abgabe zu 100 Prozent der Bevölkerung zurückerstattet wird, soll ein neuer, milliardenschwerer Subventionstopf geschaffen werden ohne eine lenkende Wirkung zu entfalten.

Für die Wohnkosten wiegen aber insbesondere die strengen CO₂-Grenzwerte für die Gebäude schwer. Ein blosser Heizungsersatz macht 80 Prozent der Wohnbauten der Schweiz zu einem Sanierungsfall. Mit den neuen Grenzwerten reicht es bei vielen Gebäuden nämlich nicht aus, eine Ölheizung beispielsweise durch eine Wärmepumpe zu ersetzen. Zur Erfüllung der Grenzwerte wären gleichzeitig auch aufwendige Hüllen- oder Dachsanierungen notwendig. Die Investitionen für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer werden dadurch kurzfristig horrend hoch, womit das Wohnen massiv verteuert wird – auch für die Mieterinnen und Mieter. Wenn sich die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer diese Investitionen denn überhaupt leisten können.

Fazit: Mit dem CO₂-Gesetz wird Wohnen massiv teurer – und zwar für alle: Für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer gleichermassen wie für Mieterinnen und Mieter. Deshalb sagt der HEV Aargau klar Nein am 13. Juni 2021.